

Deutschland hat Zukunft | Pflege - Reformoptionen für gute Versorgung und generationengerechte Finanzierung

Montag, 09.12.2024 um 10:00 Uhr

Holiday Inn Munich – City Centre, Forum 12 bis 14

Hochstraße 3, 81669 München

Pflege – Perspektiven für eine gute und finanzierbare Versorgung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem heutigen
Kongress.

Besonders herzlich begrüßen möchte ich zuerst
die aktiv Beteiligten unserer Veranstaltung,

- Frau Prof. Christine Arentz vom Institut für
Versicherungswesen an der Technischen
Hochschule Köln,
- Herrn Erich Irlstorfer,
Bundestagsabgeordneter der CSU, lieber
Erich,
- Herrn Johannes Wagner,
Bundestagsabgeordneten der Grünen,
- und Herrn Dr. Christian Weiß,
Geschäftsführer der Sozialteam-Gruppe.

Schön, dass Sie heute bei uns sind!

[Weitere persönliche Begrüßungen]

Meine Damen und Herren,

unser heutiger Kongress nimmt ein Thema in den Fokus, das wohl eine der größten Herausforderungen für die Politik und Gesellschaft in unserem Land darstellt.

Es geht um nicht weniger als die Frage, wie wir künftig flächendeckend eine qualitativ hochwertige Pflegeversorgung sicherstellen können, die gleichzeitig finanzierbar ist und die Lasten fair zwischen den Generationen verteilt.

In der Pflege herrscht immer mehr Alarmstufe rot. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt – nach Schätzungen deutschlandweit um 37 Prozent bis zum Jahr 2055 – und die Pflegezeiten werden immer länger.

Die Folgen sind vielfältig.

Erstens: Wir brauchen Versorgungsstrukturen, die dem wachsenden Bedarf standhalten.

Zweitens müssen wir einen Weg der Finanzierung finden, die wir uns auch wirklich leisten können.

Aktuell laufen die Kosten der sozialen Pflegeversicherung aus dem Ruder. Aber einen ständigen Anstieg der Lohnzusatzkosten kann sich unser Land gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise nicht erlauben – wir bräuchten genau das Gegenteil. Zudem trifft diese Last auch jeden einzelnen Beschäftigten und schmälert das Einkommen.

Zum Jahreswechsel rechnen wir mit einem weiteren Anstieg des Beitragssatzes um 0,2 Prozentpunkte. Die Arbeitskosten steigen erneut. Und wie lange diese Erhöhung reicht, ist unklar. Schon zum 1. Juli des vorigen Jahres hat es eine Erhöhung um 0,35 Prozentpunkte gegeben.

Wir dürfen hier keinesfalls in eine Endlosschleife geraten, wenn wir den Standort Deutschland nicht weiter beschädigen wollen.

Es kann in Zukunft nicht mehr darum gehen, Finanzierungslöcher in der Pflegeversicherung zu stopfen und durch eine Begrenzung der Eigenanteile Leistungen auszuweiten. Wir brauchen vielmehr echte Strukturreformen, die bei der Pflege beide Enden zusammenbringen.

Zum einen muss die Finanzierungsfrage nachhaltig und generationengerecht gelöst werden – Frau Prof. Arentz wird uns anschließend hier Reformoptionen vorstellen. Zum andern muss aber auch eine gute flächendeckende Pflegeversorgung sichergestellt werden.

Die Zeit drängt, denn der Reformbedarf wird immer dringlicher. Dafür sorgt schon die alternde Gesellschaft. So wird alleine für Bayern erwartet, dass die Zahl der Pflegebedürftigen

von derzeit 580.000 bis zum Jahr 2050 auf über eine Million anwachsen wird.

Hinzu kommt, dass sich die Pflegedauer mit aktuell 7,5 Jahren im Vergleich mit jener der kürzlich verstorbenen Pflegebedürftigen nahezu verdoppelt hat. Diese haben im Schnitt Leistungen im Wert von 50.000 Euro beansprucht, bei den aktuell Pflegebedürftigen dürften es hingegen rund 76.000 Euro sein.

Dass diese Entwicklung der Pflegeversicherung zu schaffen macht, liegt auf der Hand. Die Antwort darauf kann aber unseres Erachtens nicht eine Pflegevollversicherung sein. Denn auch diese Lösung würde nur einen Teil der tatsächlichen Kosten abdecken, und sie wäre letztlich auch nicht gerecht: Denn entlastet würden auch jene, die für ihre Pflege gar keine finanzielle Unterstützung benötigen.

Für uns als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft ist deshalb klar: Wir brauchen als

Ergänzung zur umlagefinanzierten sozialen Pflegeversicherung eine verpflichtende private Vorsorge. Dies zweite Säule der Pflegevorsorge muss dann für die Kosten aufkommen, die durch die gesetzliche Pflegeversicherung nicht getragen werden und aufgrund der demografischen Entwicklung auch nicht getragen werden können.

Meine Damen und Herren,

ein solches Finanzierungssystem ist gerecht! Es verhindert eine übermäßige Belastung der jüngeren Beitragszahler. Zudem können Geringverdiener unterstützt werden, wenn sie sich die Versicherungsprämien bei der Privatvorsorge sonst nicht leisten können.

In Zukunft gilt es aber auch, die Versorgungsstrukturen an den wachsenden Bedarf anzupassen. Entscheidend ist, den weiter zunehmenden Bedarf an Personal in der Pflege abzudecken.

Dazu muss in erster Linie der Pflegeberuf mit Blick auf die Arbeitsbedingungen attraktiver gemacht werden. Nicht nur um neues Personal zu gewinnen, sondern auch im Menschen im Pflegeberuf zu halten.

Es führt aber zugleich kein Weg daran vorbei, dass wir vermehrt auch Pflegekräfte aus dem Ausland brauchen. Als vbw unterstützen wir deshalb mit unserem Verbindungsbüro in Albanien auf politischer Ebene die Rekrutierung von Pflegekräften aus dem Westbalkan.

Notwendig ist hierzu auch, Standards bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikation zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen. Das in Bayern eingeführte „fast-lane-Verfahren“ zur Beschleunigung der Einreise- und Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte hat sich als „game-changer“ erwiesen und zu einer deutlichen Beschleunigung der Verfahren geführt. Es ist

erfreulich, dass die Staatsregierung nun den Weg frei gemacht hat, dieses Verfahren auf weitere Berufe auszudehnen.

Neben zusätzlichem Personal müssen wir aber auch Effizienzreserven in der Pflege heben.

Wichtig ist es zum Beispiel, konsequent technische und digitale Lösungen zu nutzen – auch um Pflegekräfte zu entlasten. Damit das in der Praxis passiert, müssen diese Innovationen aber auch adäquat mit der Pflegeversicherung abgerechnet werden können.

Meine Damen und Herren,

wir haben es aktuell aber nicht nur mit einer finanziellen Notlage der sozialen Pflegeversicherung zu tun, sondern auch mit einer wirtschaftlichen Notlage zahlreicher Betreiber von Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten. Dem Arbeitgeberverband Pflege zufolge mussten allein im Jahr 2023 über 800 Pflegeheime und ambulante Pflegedienst

Insolvenz anmelden oder schließen. Hier müssen wir ansetzen, um dringend benötigte Versorgungsstrukturen zu erhalten.

Auch die ambulante und stationäre Pflege ist von zwei für sie negativen Entwicklungen betroffen: Ihre Ausgaben steigen, und zugleich sinken die Einnahmen.

Auf der Ausgabenseite sind unter anderem die höheren Löhne durch das Tariftreuegesetz sowie die gestiegenen Kosten für Energie und Verbrauchsgüter entscheidende Treiber. Auf der Einnahmenseite macht sich bei immer mehr bemerkbar, dass häufig mangels Personal keine Vollauslastung vieler Pflegeheime möglich ist.

Hinzu kommt, dass die Refinanzierung der Sach- und Personalkosten der Betreiber von Pflegeheimen und mobilen Pflegediensten stockt. Häufig warten sie sechs Monate und länger auf die Vergütung ihrer Leistungen. Es ist völlig klar, dass die deshalb unvermeidliche

Vorfinanzierung die Betreiber überfordert. Hier muss dringend und rasch Abhilfe geschaffen werden, wenn wir auch in Zukunft eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Pflegeversorgung sicherstellen wollen.

Meine Damen und Herren,

man kann ohne Übertreibung festhalten: Die Herausforderungen in der Pflege sind riesig. In vielerlei Hinsicht ist sie selbst zum Pflegefall geworden. Die neue Bundesregierung muss große Anstrengungen unternehmen, um den aktuellen Notstand zu beheben.

Das ist für die bayerische Wirtschaft von großer Bedeutung, denn eine wohnortnahe Pflegeversorgung ist ein Standortfaktor. Eine hochwertige Pflegeversorgung ist aber auch und vor allem ein Gebot der Mitmenschlichkeit und damit auch für uns ein Herzensanliegen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!